



AUS DEM INHALT

SEITE 3

Solidaritätsbasar diesmal auf dem Potsdamer Platz

SEITE 4

Hundert,6-Frösche sitzen auf dem Trockenen

SEITE 5

Zehn Jahre Medien Galerie

SEITE 7

Kampagne HIER GEBLIEBEN! kreist die Innenminister ein

MITTELSEITEN

Drucker machen Druck

SEITE 10

Endlich Tarifvertrag beim RBB

SEITE 14

Zwei Schöneberger Traditionsbetriebe vor dem Aus

Nach Warnstreiks bei Springer und in der Bundesdruckerei sind in der Tarifrunde Druck auch die kleinen Betriebe gefragt. Neben Flugblättern gab es Tüten mit Apfel und Ei und der Aufforderung, sich für Flächentarife stark zu machen (siehe Mittelseiten).

KÜRZER MACHT SINN

ver.di-Tarifkonferenz fordert: Keine Arbeitszeitverlängerung!

Um Perspektiven der gewerkschaftlichen Arbeitszeitpolitik ging es bei der tarifpolitischen Konferenz des ver.di-Landesbezirks Berlin-Brandenburg am 31. Mai. Die aktuelle Strategie der Arbeitgeber, die Arbeitszeiten zu verlängern, dadurch Reallohnsenkungen herbeizuführen und Flexibilisierung auf die Spitze zu treiben, laufe auf „Arbeit ohne Maß“ hinaus. Dem setzten die Referenten und Teilnehmer die Forderung nach einer menschengerechten Arbeitszeitstrategie der Gewerkschaften entgegen. Perspektivisch mache nur eine generelle Arbeitszeitverkürzung Sinn, wurde in einer Resolution angeregt.

Vor den Perspektiven, die manchem Teilnehmer der Tagung

noch zu vage blieben, stand jedoch Analyse. Und die war eindeutig: Es geht ums Ganze. Selbst in Branchen, wo zuerst die 35-Stunden-Woche erkämpft wurde, wie Mitte der 90er Jahre in der Druckindustrie, wurde die

Visionen für mehr Lebensqualität

Arbeitszeitverkürzung im Interesse der Unternehmen und technologischer Abläufe ausgestaltet. Heute steht die kurze Arbeitswoche hier und in vielen anderen Branchen wieder zur Disposition. Oft mit ökonomischen Zwängen begründet, nicht selten mit Erpressungsstrategien gegenüber

Belegschaften durchgefochten, soll längere, flexible Arbeitszeit kurzfristige Wettbewerbsvorteile sichern. „Die Betriebsräte stehen hier oft mit dem Rücken zur Wand“, meinte Margret Mönig-Raane, stellv. ver.di-Bundesvorsitzende. Den von Arbeitgeberseite beschworenen Zwang, Lohnnebenkosten zu senken, bezweifelte sie. Die Grundfrage: Verringern wir die Arbeitslosigkeit, wenn wir die Arbeitszeit verlängern, müsse volkswirtschaftlich beantwortet werden. „Tatsache ist, der Wert der Arbeitsleistung sinkt, weitere Arbeitslosigkeit wird produziert.“ Die deutsche Debatte um längere Arbeitszeiten schaffe Druck auch auf Gewerkschaften in europäischen Nachbarländern wie Frankreich. Der

ver.di-Standpunkt könne deshalb nur sein: „Arbeitszeitverlängerung löst keine Probleme, sondern schafft neue“, meinte die Gewerkschafterin. Es gelte, gerade über die Arbeitszeitfrage die „Hoheit über die Köpfe“ wieder zu gewinnen und mit Arbeitszeitverkürzung „Visionen für mehr Lebensqualität in Arbeit und Privatleben“ zu entwickeln.

Kolleginnen und Kollegen aus Unternehmen und Branchen, die gegenwärtig in Tarifeauseinandersetzung stehen, forderten die sinnvolle Vernetzung von Aktionen. Im Herbst, so ein Beschluss der Teilnehmer, soll sich eine weitere Tarifkonferenz mit der Frage beschäftigen, wie die Gewerkschaft in Arbeitszeitfragen in die Offensive kommen kann. **neh**

Der seit Monaten währende Tarifkonflikt bei der Berliner BVG spitzt sich zu. ver.di hat bei den Berliner Verkehrsbetrieben die Urabstimmung eingeleitet. Vom 14. bis 16. Juni 2005 sind die Gewerkschaftsmitglieder aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Eine erfolgreiche Urabstimmung, bei der mindestens 75 Prozent der Mitglieder für einen Streik votieren müssen, ist die Grundlage für einen unbefristeten Streik. Damit stehen die Beschäftigten der BVG vor der härtesten Auseinandersetzung in der Nachkriegsgeschichte.

Es gibt derzeit keine Möglichkeit mehr, am Verhandlungstisch eine einvernehmliche Lösung zu erzielen. Vielmehr deutet alles darauf hin, dass der SPD-PDS-Senat die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft bewusst schürt. Die Senatspolitik ist offenbar auf Zerschlagung, Privatisierung, Neu- und Umgründung der landeseigenen Betriebe ausgerichtet. Dagegen wird die Gewerkschaft auch mit dem Mittel des Streiks kämpfen.

Vorrangiges Ziel für ver.di ist die Erhaltung der BVG und der Arbeitsplätze bei dem Unternehmen. Das verhandelte, seit Januar 2005 vorliegende Tarifpaket, das für die Beschäftigten deutliche Einkommenseinbußen bedeutet, im Gegenzug aber die Beschäfti-

gung und den Bestand des Unternehmens sichert, ist ein wesentlicher Beitrag der Arbeitnehmer/innen zur finanziellen Entlastung des Unternehmens. Dieser „Sparten-Tarifvertrag“ muss zudem Tarifstandard werden: Falls ÖPNV-

planten langfristigen Sparziele sind nur noch schwer zu erreichen.

Der Konflikt betrifft uns alle. Dabei geht es nicht nur um das Berliner Haushaltsloch. „Rückzug des Staates auf seine Kernaufgaben“ heißt die politische Parole,

Prozent auf jetzt 18,8 Prozent gestiegen. Private Investoren werden sicherlich auch in den nächsten Jahren nicht in Scharen in die Stadt kommen, um hier Arbeitsplätze zu schaffen. Dem öffentlichen Dienst kommt in dieser Situation eine besondere Rolle und arbeitsmarktpolitische Funktion zu. Sicherlich muss über Aufgabenspektrum und Strukturen des öffentlichen Dienstes nachgedacht werden. Aber eine drastische Reduzierung „auf die Kernaufgaben“ und damit verbunden weiterer Abbau von Ausbildungsplätzen verschärft die ohnehin angespannte Lage.

Die BVG wird zum Präzedenzfall. Dort arbeiten zur Zeit noch ca. 11 500 Beschäftigte. Im Jahre 1991 waren es 27 500. Die Umstrukturierungen bei der BVG sind auch nicht spurlos an den Kunden vorbei gegangen, vor allem im Busbereich. Das Angebot für die Bevölkerung hat sich in verschiedenen Bereichen durch Linienausdünnungen und längere Taktfolgen vor allem in den Außenbezirken verschlechtert.

Wenn die Kolleginnen und Kollegen der BVG streiken, kämpfen sie für ihre Arbeitsplätze. Sie streiken aber auch für den Erhalt des Unternehmens, das mit seiner Arbeit einen Teil der Lebensqualität in der Stadt Berlin garantiert. Berlin braucht die BVG!

AUF EIN WORT

BERLIN BRAUCHT DIE BVG

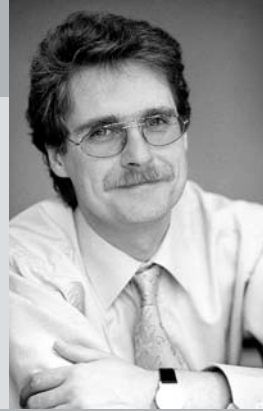


Foto: Kai Henschelmann

ANDREAS SPLANEMANN, PRESSESPRECHER,
VER.DI-LANDESBEZIRK BERLIN-BRANDENBURG

Leistungen in Berlin ausgeschrieben werden, muss dieser Tarifvertrag Grundlage für alle Bewerber sein. Nur auf dieser Ebene ist die Chancengleichheit zu wahren.

Ohne die Zusicherung, dass die BVG bestehen bleibt und die Mitarbeiter/innen Beschäftigungssicherung erhalten, ist der vorliegende Tarifkompromiss sinnlos. Die wirtschaftliche Lage der BVG verschärft sich zusehends. Die ge-

die der Regierende Bürgermeister Wowereit ausgegeben hat. Damit erteilt er eine klare Absage an den öffentlichen Dienst. Unklar bleibt, wie die Probleme der Stadt gelöst werden sollen. Die Parole könnte eher „Rückzug der Politiker aus der Verantwortung“ heißen.

Bislang gibt es in Berlin keine erkennbare wirtschaftliche Trendwende. Im Vergleich zu Mai 2004 ist die Arbeitslosigkeit um 0,7

BUCHTIPP

SOZIALSTAAT ADÉ

DROEMER KNAUR 2005

„Es geht uns darum, Deutschland, den Adler, zurzeit eine gebeutelte, gefesselte Kreatur, zu befreien, zu entfesseln, damit er wieder fliegen kann.“ So beschrieb 2003 der damalige BDI-Präsident Rogowski das Unternehmensziel. Wie der unterdessen entfesselte deutsche Pleitegeier (Sparen! Sparen!) den Sozialstaat in den Fängen hält, hat Heribert Prantl eingehend analysiert. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit bedeutet „Kein schöner Land“, wie auch sein Buch heißt.

Es ist im selben Verlag erschienen, wie kurz vorher „Die Reformlüge“ von Abrecht Müller. Damit kamen zwei Bestseller der

anderen Art auf die Büchertische. Im Unterschied zur vorwiegend ökonomischen Untersuchung behandelt Prantl weiter gefächert die Verwerfungen in der Gesellschaft, die der Abbau des Sozialstaats produziert. „Wenn Ungleichheit ein bestimmtes Maß übersteigt, geht sie über in Unfreiheit“ – diese Feststellung, hier getroffen in Bezug auf das Arbeitsrecht, ist eigentlich auszuweiten auf alle behandelten Lebensbereiche. Der Autor erklärt, wie zugleich mit der Sozialpolitik Demokratie abgebaut und damit gesellschaftlicher Verwahrlosung Vorschub geleistet wird.

Eines der sieben Kapitel des Buches befasst sich mit dem vielzitierten Artikel 14 Absatz 2 GG: „Eigentum verpflichtet“. Was ist daraus geworden? Die staatliche Reichtumspflege wird gerade wieder mit einer Steuersenkung vorangetrieben. Rund 200 Milli-

arden Euro werden jährlich vererbt, während die Armut im Lande wächst. Ein anderes beschäftigt sich mit der Familienpolitik und bricht eine Lanze für jene, die Kinder großziehen. Da ist es erschreckend, dass die BRD mit 35 Prozent Einpersonenhaushalten Spitzenreiter in der EU ist. Aber die Wirtschaft bevorzugt „Agenda-Menschen“ – sie sollen flexibel, mobil, selbstorganisiert und risikobereit sein, wie die neoliberale Botschaft lautet. Weitere Untersuchungen wenden sich der Ausgrenzung ganzer Bevölkerungsgruppen zu, darunter Einwanderern und Obdachlosen.

Ein Kapitel, auf das ausdrücklich verwiesen sei, behandelt die Scholastik in Medien und Wissenschaft als „konform, uniform, chloroform“. Der Autor zeigt, wie eine Kampagne mit Hilfe der Sprache das Denken erobert. Zu Fragen der Wirtschaftspolitik hat

sich eine undifferenzierte Sprachregelung breitgemacht – in den meisten Zeitungen, ausnahmslos im TV. Allein das Wort Reform pervertierte zum Wert an sich, aus dem sozialem Netz wurde die soziale Hängematte, das ungeprüfte Totschlagargument heißt: Reformen schaffen Arbeitsplätze.

Prantl, ehemals Jurist, jetzt Ressortleiter Innenpolitik in der Süddeutschen Zeitung, untersucht engagiert, schürft tief und leuchtet in jene Bereiche, die von der offiziellen Politik gern ausgeblendet werden. Natürlich hat er keine Patentrezepte gegen die Misere. Aber er macht deutlich: Es darf nicht nur eine europäische Wirtschaftspolitik geben, gebraucht wird auch eine europäische Sozialpolitik.

Annemarie Görne

Heribert Prantl: Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit. Verlag Droemer Knaur, München 2005. 205 S. 12.90 Euro. ISBN 3-426-27363-2

Bankenskandal und kein Ende

Kritiker der Bankgesellschaft mobilisieren unermüdlich die Öffentlichkeit

Es scheint ruhig geworden um den Berliner Bankenskandal, der die hauptstädtische Politik nachhaltig erschütterte. Doch für den an der FU-Berlin lehrenden Hochschullehrer Peter Grottian ist die Angelegenheit noch längst nicht ausgestanden. Mit zahlreichen weiteren Mitstreitern kritisiert er

Affäre nur halbherzig aufgearbeitet

die halbherzige Aufarbeitung der Affäre. Die Aktivisten wollen vor allem verhindern, dass der Skandal ganz in Vergessenheit gerät. Dabei haben sie in letzter Zeit besonders große Anstrengungen unternommen, die Öffentlichkeit zu informieren. Mit einer gut besuchten Veranstaltung im Foyer der Urania wurden noch einmal die Hintergründe des Skandals ausgeleuchtet und die Verantwortlichen aus dem Bereich der Wirtschaft und Politik benannt.

An vorderster Stelle steht Klaus Landowsky, aber auch weitere Politiker von CDU, SPD und FDP wurden in einer Ausstellung kenntlich gemacht.

Wer gründlicher in die Materie einsteigen will, kann Bücher erwerben, die mittlerweile zum Bankenskandal geschrieben worden sind. Eines der bekanntesten stammt von Mathew D. Rose und hat den Titel „Die ehrenwerte Gesellschaft“. Der Spiegel-Mitarbeiter hat sich aber nicht nur publizistisch mit dem Bankenskandal befasst. Dreimal hat er in den letzten Monaten eine Busexkursion auf den Spuren der Berliner Bankgesellschaft geleitet. Die Tour begann am Sitz der Konzernzentrale der Berliner Bankgesellschaft am Alexanderplatz und führt dann zu verschiedenen Abschreibungsobjekten der Bankgesellschaft, von Managervillen bis zur weitgehend leerstehenden Wasserstadt Oberhavel – Projekte, die von der Bankgesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes in



den Sand gesetzt wurden. Die Fahrten erfreuten sich reger Teilnahme und haben sogar neue Mitstreiter für die Initiative gegen

den Bankenskandal geworben. Im Herbst wird der parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Bankenaffäre seinen Abschlussbericht vorlegen. Schon zuvor hat die Wirtschaftskammer des Berli-

Im Herbst wieder in den Schlagzeilen

ner Landgerichts über die Eröffnung eines Hauptverfahrens gegen frühere Manager der Berlin Hyp entschieden, eines der Vorgängerunternehmen der Bankgesellschaft. Unter den Beschuldigten ist auch Klaus Landowsky. Spätestens zu Prozessbeginn am 29. Juli wird der Skandal wieder die Schlagzeilen in den Medien bestimmen. Darauf bereiten sich die Kritiker der Bankgesellschaft zur Zeit vor.

Peter Nowak

Die Kritiker der Bankgesellschaft im Internet: www.buerger-gegen-den-bankenskandal.de und www.berliner-bankenskandal.de

10. SOLIBASAR 2005 AUF DEM POTSDAMER PLATZ

2005 gibt es den 10. Solidaritätsbasar der Berliner Journalistinnen und Journalisten und das Datum sollte unbedingt vorgemerkt werden: Am 27. August werden von 10 bis 17 Uhr die Stände von Hilfsprojekten, Vereinen und non-profit-Organisationen, natürlich auch von Redaktionen und Verlagen sowie eine Bühne für das Kulturprogramm aufgebaut. Die Organisatoren hoffen aus Anlass des Jubiläums auf rege Beteiligung. Eine wichtige Änderung: Wegen der anhaltenden Bauarbeiten kann der Jubiläumsbasar nicht traditionell auf dem Alexanderplatz stattfinden, sondern weicht auf den Potsdamer Platz aus.

Der Erlös des Solibasars kommt wieder einem Projekt in Afrika zugute – nicht zuletzt deshalb, weil die Spendenbereitschaft für diese Region im

Zusammenhang mit der Flutkatastrophe in Südostasien leider stark zurückgegangen ist. Ausgewählt wurde ein Projekt des Berliner Vereins Solidaritätsdienst International (SODI) in Namibia. In Otjiwarongo werden mit Partnern vor Ort Häuser in ökologischer Bauweise errichtet, um Slumbewohnern und Obdachlosen, darunter viele Kinder und Jugendliche, ein menschenwürdiges Zuhause zu geben. Kombiniert ist das Bauprogramm mit Maßnahmen zur Berufsausbildung und zur medizinischen Grundversorgung sowie einem Ernährungsprogramm.

Alle Sprachrohr-Leserinnen und -Leser, alle anderen Interessierten sind herzlich auf den Potsdamer Platz eingeladen! Wer bereits vorab spenden möchte, kann das tun: SEB Bank, BLZ 100 10 111, Kontonummer 100 7224 901, Kennwort: Namibia



Foto: transit/Polentz

Hundert,6-Frösche sitzen auf dem Trockenen

Eiskalter Abgang wirft Fragen auf – nicht nur für 30 Beschäftigte

Der einstige Marktführer Radio 100,6 entwickelt sich zum Chaos-Funk. Vorläufiger Höhepunkt in dem Drama ist die Ankündigung von Thomas Thimme, dass er die Sendelizenz an die Hundert,6 Medien GmbH zurückgeben will. Doch einen Tag nachdem Thimme sich dem Druck der Medienräte beugte, verkündete seine Marketingchefin Irene C. Johnson per E-Mail an die Werbekunden: „Einer Ausstrahlung des Programms von RADIO 100,6 stand und wird auch weiterhin nichts im Wege stehen. Im Gegenteil arbeiten wir an der fortführenden Optimierung. Das betrifft auch die Ausstrahlung und Umsetzung der Werbung (egal, ob Werbespots oder die Durchführung von Sonderwerbeformen), die ebenfalls eine hohe Priorität für uns hat.“ Der 100,6-Betriebsrat befürchtet, dass Thimme auf Zeit spielt. Bis Redaktionsschluss hatte er weder Software noch Technik zurückgegeben und auch den angekündigten Antrag bei der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) nicht eingereicht.

Bereits in der Woche vor dem Insolvenz-Antrag hatte der Betriebsrat den Braten gerochen: Briefpapier mit der Adresse Potsdamer Straße war aufgetaucht, einige Beschäftigte hatten neue Arbeitsverträge erhalten und waren nun bei der Firma Power Radio GmbH mit Sitz Potsdamer Straße angestellt. Doch Geschäftsführer Thomas Thimme wiegelte ab – es seien lediglich Software-Tests in einem Ausweichstudio geplant. Am Montag, dem 18. April, war er verschwunden und mit ihm rund zwölf Mitarbeiter. Weitere 30 Beschäftigte der Hundert,6 Medien GmbH saßen in verwaisten Studios am Katharina-Heinroth-Ufer, gesendet wurde unterdessen aus Räumen an der Potsdamer Straße. Thimme hatte Technik und Software mitgenommen und meldete am selben Tag Insolvenz für die Hundert,6 Medien GmbH an.

Seinen eiskalten Abgang hatte er von langer Hand geplant. Be-



Fotos: MEV, Montage:bleifrei/Sikora

Die Zukunft des Froschsenders steht in den Sternen

reits im Januar hatte Thimme bei der MABB beantragt, die Sendelizenz von der Hundert,6 Medien GmbH auf die Firma Medialog zu übertragen. Dies wurde ihm im März genehmigt. Nun lag ein neuer Antrag vor, er wollte die Lizenz weiterreichen an die Power Radio. Mit dieser Gesellschaft sendet er bereits aus den Studios an der Potsdamer Straße. „Dies ist ein Griff in die Trickkiste des Wirtschaftsrechts“, sagte Margit Ehrlich, Mitglied des Betriebsrats. In die neuen Räume hatte M. Thimme lediglich Marketingfachleute, Techniker und Moderatoren mitgenommen. Die Redakteure blieben zurück. Dabei waren die Lizenzbedingungen eindeutig: Hoher journalistischer Wortanteil und aktueller Berlin-Bezug wird dort eingefordert. Die Auflagen konnte er so nicht erfüllen, prompt zog er sich den Zorn der MABB und der Medienräte zu. Und er hatte die Rechnung ohne den Betriebsrat und die Beschäftigten gemacht: In mehreren Presseerklärungen und Briefen unter anderem an die MABB forderten sie den sofortigen Entzug der Lizenz und die Rückübertragung an die Hundert,6 Medien GmbH. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg unterstützt die Belegschaft bei

ihrem Kampf um ihre Arbeitsplätze. Allen Beteiligten war von Beginn an klar, dass die Hundert,6 Medien GmbH durch den vorläufigen Insolvenzverwalter Udo Feser nur gerettet werden kann, wenn sie auch die Lizenz besitzt. Ein Sender ohne Senderecht ist nicht überlebensfähig. Feser konnte zumindest erreichen, dass

Die Reißleine wurde nicht gezogen

die Beschäftigten für die Monate April, Mai und Juni Insolvenzgeld erhalten. Doch damit ist die Zukunft noch nicht gesichert. Benötigt wird ein finanzkräftiger Investor. Branchenkenner vermuten, dass RTL oder Burda Broadcast Interesse haben könnten. Beim Einstieg einer Branchengröße wären allerdings Entlassungen bei dem umsatzschwachen Sender zu befürchten.

In die öffentliche Kritik geriet derweil die MABB. Denn obwohl aus den Räumen am Katharina-Heinroth-Ufer nicht gesendet wurde, beschäftigungslos waren die Redakteurinnen und Redakteure nicht. Sie begannen in eigener Sache zu recherchieren. Beim dju-Journalistenstammtisch zum Thema Hundert,6 kam Erstaunli-

ches zu Tage: Quer durch die Republik hatte Thimme sich immer wieder um Sendelizenzen bemüht, teilweise auch erhalten, aber wieder verloren, oder er hatte sie zurückgegeben, weil der Sender in die Knie ging. „Diese Details müssen der MABB bekannt gewesen sein. Es ist unverständlich, dass sie unter diesen Umständen nicht längst die Reißleine gezogen hat“, sagt Matthias Gottwald, dju-Vorsitzender Berlin-Brandenburg. Und in Brandenburg hat Thimme sogar zusätzliche Frequenzen von der MABB erhalten. Für die Welle „Best of Deutsch“ wurde ihm von der MABB übergangsweise genehmigt, dasselbe Programm wie auf 100,6 zu senden.

Weniger kulant war ein Geschäftspartner von Thimme. Ausgelöst durch eine Strafanzeige durchsuchte die Staatsanwaltschaft die neuen und alten Geschäftsräume, Thimmes Privathaus und seine Ferienwohnung. Ermittelt werde nicht nur, weil er den Insolvenzantrag zu spät gestellt haben soll, sondern auch wegen nicht gezahlter Arbeitnehmeranteile zur Sozialversicherung. Darüber hinaus würden ihm Betrug, Untreue und weitere Bankrott-handlungen zur Last gelegt. Und verloren haben viele mit Hundert,6: Neben den Beschäftigten auch etliche stille Gesellschafter. Einer von ihnen ist Michel Friedmann, der 50.000 Euro in den Sender investiert hatte und Focus online mitteilte, er sei über die voraussichtlich am 1. Juli anstehende Eröffnung des Insolvenzverfahrens „betroffen und traurig“: „Als Wirtschaftsanwalt weiß ich, dass stille Gesellschafter nicht vorrangig bedient werden.“

Ob Radio 100,6 noch einmal an seine glanzvollen Zeiten anknüpfen kann, als der Sender in Berlin Marktführer war und jeder dritte ihn hörte, steht in den Sternen. Gegründet wurde er als erster Privatsender 1987 von dem Filmemacher Ulrich Schamoni und rund 30 mittelständischen Unternehmen als Gegenpol zum als „linkslastig“ verrufenen Sender Freies Berlin. 1997 stieg Thomas Kirch ein, nach der Pleite des Kirch-Konzerns übernahm Thimme den Frosch-Sender. Mit zuletzt nur noch 35.000 Hörern in der Stunde stürzte 100,6 auf Spartenniveau ab.

Silke Leuckfeld

Weitere Informationen zum Thema: www.dju-berlinbb.de



Foto: transit/v. Polentz

Sechzig Jahre nach dem Verbrechen: Reiseerfahrungen von Alt und Jung dokumentieren

Versöhnen, nicht Vergessen

58. Ausstellung in der Dudenstraße markiert Galerie-Jubiläum

Die „Stille, die alltäglichen Dinge“ hätten sie mitunter mehr berührt als die großen Feierlichkeiten, erinnerte sich die Medizinstudentin Heike Habrecht an die Reise nach Oradour im Juni 2004. Auch ein Jahr nach der Fahrt möchte sie die „Stärke und Kraft der Erlebnisse“, den Eindruck, den einzelne Überlebende der SS-Massaker von 1944 in Südwestfrankreich bei ihr hinterlassen haben, gern „weiter mitnehmen im Leben“. Und anderen mitteilen. Jungen Leuten ihrer Generation zumal, denen oft „politisches Engagement fehlt und Geschichtswissen“.

Die Ausstellung, die im Ergebnis der Reise entstand, ist eine Lektion besonderer Art. „Versöhnen ist nicht Vergessen“, heißt die Schau, die die Teilnehmer – zwei deutsche Kämpfer der Résistance, zehn Azubis, Schülerinnen und Studenten sowie fünf ältere Antifaschisten – zur Dokumentation ihrer Erfahrungen nutzen (Sprachrohr berichtete in Heft 3/04). Es war das erste Mal, dass Deutsche offiziell bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an die 741 ermordeten Frauen, Männer und Kinder in den Orten Tulle und Oradour sur Glane teilnehmen konnten. Gelegenheit, die Freundschaft zwischen beiden Völkern zu bekräftigen, die auch durch das Wirken deutscher Antifaschisten in der französischen Widerstandsbewegung be-

gründet wurde. Hohe Zeit auch, dafür zu sorgen, dass solche Gräueltaten nicht in Vergessenheit geraten. Weil das nicht zuletzt der Demagogie ewig Gestriger und heutiger Neonazis Vorschub leisten könnte.

Sich „gegen Unrecht und Verbrechen wehren, auch mal gegen den Strom schwimmen und zeigen, dass Zivilcourage möglich ist“, bezeichnete Susanne Stumpfenhusen, ver.di-Chefin von

Aufforderung zu
Zivilcourage

Berlin und Brandenburg, bei der Eröffnung am 2. Mai als wichtiges Ziel der Ausstellung. Gerhard Leo, Ritter der französischen Ehrenlegion, einer der Initiatoren und Teilnehmer der Reise von 2004, sah es als Aufgabe seiner Generation, das Bewusstsein für die Ursachen der Naziherrschaft, des zweiten Weltkrieges und seiner Verbrechen wachzuhalten und zu schärfen. Als Vertreter von DRAFT e.V., des Verbandes Deutscher in der Résistance, in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und der Bewegung „Freies Deutschland“, erklärte er: „Wenn junge Leute heute gegen die Rückkehr zu jeglicher Barbarei ihre Stimme erheben, dann war unser Streben nicht um-

sonst.“ Prof. Michel Cullin, früher stellvertretender Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerkes, hielt die Tatsache, dass in den Jahren des Faschismus einzelne Deutsche die gemeinsamen Werte von Völkerverständigung und Humanismus hochgehalten hätten für ausschlaggebend, dass Versöhnung später möglich geworden sei.

Die Vernissage, an der neben zahlreichen Interessenten auch der französische Konsul Bernard Bourges teilnahm, erhielt eine passende musikalische Umrahmung. Die jungen Musiker von „Der singende Tresen“ trugen neben eigenen auch das Lied der französischen Partisanen und das Moorsoldatenlied vor.

Die Ausstellung „Versöhnen ist nicht Vergessen“ wurde gemeinsam von DRAFT e.V. und der ver.di-Jugend gestaltet und soll noch andernorts gezeigt werden. Die Begleitveranstaltungen in der Medien-Galerie führten Schriftstellerinnen, Dokumentarfilmer, Wissenschaftler und Zeitzeugen zusammen. Umso unverständlich ist, dass das Angebot, die Ausstellung mit Schülergruppen oder Klassen zu besuchen, nicht wahrgenommen wurde. **H. N.**

Die 59. Ausstellung der Mediengalerie läuft bereits. „Zerstörte Träume“ setzt sich mit dem Thema Arbeitslosigkeit auseinander. Die Schau wurde am 15. Juni von der Schirmherrin, Sozialsenatorin Heidi Knaacke-Werner, eröffnet.

JUBILÄUM

Ein Jahrzehnt Medien Galerie

Die Medien Galerie wurde von der IG Medien Berlin-Brandenburg eingerichtet und am 2. Mai 1995 eröffnet. Das Datum wurde in Erinnerung an den Sturm der Nazis auf die Gewerkschaftshäuser 1933 gewählt. Inzwischen wird die Galerie im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße als gemeinsamer Veranstaltungsort von ver.di Berlin-Brandenburg weitergeführt. Die bisher gezeigten Ausstellungen umrissen ein breites Themenspektrum und waren gestalterisch äußerst vielfältig. Geschichtliches spielte immer wieder eine Rolle. So beschäftigte sich bereits die Eröffnungsschau „verbrannt – befreit – verhüllt“ mit dem Reichstagsbrand und dem neuen Deutschland, aber auch mit der eigenen Verbandsgeschichte, etwa im Sommer 2000 die Fotoausstellung zu 75 Jahre Verbandshaus der Deutschen Buchdrucker. Apropos. Fotoausstellungen bildeten einen Schwerpunkt. Gezeigt wurden u.a. Bilder aus Jugoslawien ebenso wie „eine Gewerkschaft in Bewegung“ zum 50. Jubiläum der HBV oder mit „Versunkene Welten“ einprägsame Fotos aus der Produktion. Auch die bildenden Künstler stellten regelmäßig aus. Karikaturen gegen den Krieg erhielten genauso Platz wie die zu „Prost Wahlzeit“ oder „Vom Leben gezeichnet“ solche zur Agenda 2010. Malerei und Grafik gab es, aber auch Pressegeschichte, Kinowelt, Artisten. Tänzerinnen und Tänzer wurden – oft vor aktuellem Hintergrund – „ausgestellt“. Gleich, ob es um die „vergessenen Opfer des Kalten Krieges“, um die Politik des globalen Kapitals und den Widerstand dagegen, um Arbeitskämpfe oder die Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus geht – thematisch wird die Medien Galerie auch künftig keinen Mangel leiden, wenn sie gemäß ihrem Auftrag politisches und soziales Engagement provozieren soll. Den aufopferungsvollen Machern und dem engagierten Galerierat sei an dieser Stelle herzlich gedankt! **red.**

Theater aus dem Hut

ZK entscheidet demokratisch über Spielideen und trägt irreführenden Namen

Unübersehbar steht der schwarze Zylinder auf dem kleinen Tisch am Ausgang. Die Gäste des „ZK“ – des Zimmertheaters Karlshorst – werfen ganz nach Belieben einen Obolus hinein. Die kleine Bühne im Kreiskulturhaus am Berliner S-Bahnhof Karlshorst finanziert sich aus dem Hut.

Dieses gemütliche Wohnstübchen-Theater ist in mancherlei Hinsicht merkwürdig. Wer den offiziellen Namen „Theater im 12. Stock e.V.“ ernst nimmt, glaubt sich am Sitz der Spielstätte im 2. Stock des äußerlich schäbigen, nur dreistöckigen Kulturtempels in der Berliner Treskowallee 112 falsch. Wer sich an den Hauptdarsteller der letzten Aufführung erinnert, sieht ihn diesmal vielleicht beim Getränkeservice in der Küche oder an den Reglern der Technik. Nach Spielschluss werden die Zuschauer aufgefordert zu bleiben. Der Plausch bei einem Glas Wein mit den Darstellern ist usus, während dezent aufgeräumt wird. Bei jährlich zwei bis drei Premieren werden Stücke solange gespielt, wie sie Zuschauer finden. Über Spielideen wird demokratisch, oft aus einem „Bauchgefühl“ heraus entschieden, und in Teamarbeit werden sie umgesetzt. Soviel unkonventionelles Herangehen verortet: Hier agieren vorrangig Amateure – genauer: insgesamt 21, die an nahezu jedem Wochenende ganz und gar nicht laienhaft Kabarett und Theater der kleinen Form in der Tradition der literarisch-musikalischen Salons der 20er Jahre machen.

Schönes Beispiel dafür ist das aktuelle Stück „Zur Heimat erkor ich mir die Liebe“. über die weitgehend unbekanntes jüdische Schriftstellerin Mascha Kaléko. In „sechs Leben“ wird Kaléko, die in den 30iger Jahren in Berlin als „weiblicher Ringelmatz“ galt und 1975 starb, über ihre Texte lebendig. „Was sie sich wünschte, bekam sie nie, fremder Niemand im Niemandsland. Am Schluss bleibt von uns allein ein Döschen mit Staub.“ Ute Knorr – beeindruckende, wandlungsfähige Mascha – Ingolf Alwert und Har-



Bei Mascha auf dem Sofa: Busch, Knorr, Alwert (v.l.n.r.)

ald Busch halten in den Episoden der sechs Lebensabschnitte die Balance zwischen Glück, Tragik und Humor. Die an die Klezmer-Musik angelehnten Arrangements von Wolf Wyrtemberg – der selbst hervorragend Klavier und Klarinette spielt – bringen den Zeitgeist zum Klingen. Am Schluss sind die rund 20 Zuschauerinnen und Zuschauer – das entspricht der durchschnittlichen Besucherfrequenz – restlos begeistert.

**Nachwuchs willkommen
– Hilfe garantiert**

Diesen interessanten Stoff hat der pensionierte Lehrer Ingolf Alwert förmlich aus dem Hut gezaubert. „Mascha Kalékos Buch hat mir meine Großmutter schon als Jugendlicher in die Hand gedrückt. Aber erst jetzt, 50 Jahre später, hat es gefunkt.“

Bevor die mit dem Karlshorster Kiezgeschehen eng verbundene Theatergruppe – zum 110. Jubiläum der Trabrennbahn gibt es Auftritte, zu Stadtfesten, in Seniorenheimen oder im Tierpark – zu einer Facette hauptstädtischer Kleinkunst werden konnte, hatte sie eine Odyssee hinter sich. Hervorgegangen ist sie aus dem großen, einst 400 Mitglieder um-

fassenden Ensemble des Hauses des Lehrers am Alex. Sitz: im 12. Stock. Als alles nach der Wende abgewickelt wurde, erwachte in einigen Protagonisten der Sprechergemeinschaft und des Kabarett der Trotz „nun erst recht.“ Entsorgtes Mobiliar wurde gerettet und nach langem Suchen drei ehemalige Büroräume im Karlshorster Kulturhaus in ein Zimmertheater verwandelt.

Die Idee, den Spielbetrieb aus dem Hut zu finanzieren und keine Eintrittsgelder zu erheben, funktioniert weitgehend – unter Verzicht auf Gagen, über die Beiträge der Vereinsmitglieder und Spenden. Nur jedes zweite Jahr etwa gibt es Projektmittel – so für die Karlshorster Kabaretttage im Herbst. Theatervereins- und ver.di-Mitglied Ingrid Kröning, Lichtenberger BVV Abgeordnete für die PDS, berichtet, dass jährlich Projektanträge für über 200 000 Euro eingehen, der Bezirkskulturfonds aber nur knapp 40 000 Euro umfasst. „Das muss ausgewählt werden.“

Dennoch fühlt sich Vereinsvorsitzender Wolfgang Helfritsch – pensionierter Schuldirektor und mit Enthusiasmus beim unbezahlten full-time Job Theater – vom Bezirk gut unterstützt. „Je weniger Spielraum größere Bühnen durch Sparzwänge haben, desto größeren Stellenwert genießt al-

lemal die Kleinkunst.“ Längst sind nicht mehr nur Pädagoginnen und Pädagogen mit Leidenschaft im „ZK“ dabei. Jürgen Sommerfeld z.B. – Eisen-, später Straßenbahnfahrer – entdeckte nach der Frühpensionierung mit 58 seine Talente. Er singt im Chor, ohne Noten zu können, spielt Kabarett und weil er „nie Lampenfieber“ hat, konnte er auch bei der Moderation einer 3000-Zuschauer-Veranstaltung einspringen. „Seitdem ich hier mitspiele, bin ich richtig aufgeblüht.“ Wolf Wyrtemberg, seit einem halben Jahr als Musiker, Arrangeur und Komponist im Ensemble – kommt vom Jazz und der Tanzmusik. Im Hauptberuf ist er Mathematiker, Chaosforscher. „Per Zufall hatte ich im Kneipengespräch vom Ensemble erfahren. Das war für mich ein Aha-Erlebnis.“ Zum profilierten Nachwuchs zählt Hagen Geburzi, Schauspielstudent in einer privaten Kreuzberger Schule, der ein überzeugend altersübergreifender Hauptdarsteller in „Zar oder Zimmermann“ frei nach Lortzing war. „Ich lerne von Euch“, gibt er seinen Freizeitkollegen das Kompliment zurück. Für Holger Busch war es „Liebe auf den ersten Blick“. Als Lehrer für Darstellendes Spiel lebt er im „ZK“ das „gute Gefühl aus, selbst auf der Bühne zu stehen. Und Ute Knorr – einstige Lehrerin – spricht davon, schon so lange ans Theaterspielen gewöhnt zu sein, dass sie gar nicht mehr anders könne.

Über 40 Programme hat das Zimmertheater seit dem Neustart vor dreizehn Jahren auf die Bühne gebracht, 2000 Zuschauer kommen jährlich. Nachwuchs ist herzlich willkommen. „In die Programme wächst man hinein, wir helfen uns gegenseitig“, versichert Helfritsch. Das Hobby ist anstrengend schön. „Wir überleben mit Enthusiasmus.“

Bettina Erdmann

Reservierungen für das „ZK“ unter Tel. 030/5534616

www.zimmertheater-zk.de
Nächste Vorstellungen: Narrenschauspiel, Texte Gerhard Brantner, 24. und 25.6.

Nach Sommerspielpause ab September u.a. Tucholskyprogramme zum 70. Todestag und zum 60. Todestag von Paul Linke „Frau Luna fällt aus“

Innenminister werden eingekreist

Zum Tag des Flüchtlings am 20. Juni: Kampagne HIER GEBLIEBEN! im Endspurt

Deutschsprachige Jugendliche werden kurz vor einem erfolgreichen Schulabschluss in das Herkunftsland ihrer Eltern abgeschoben. Schüler tauchen aus Angst vor Abschiebung unter. Eine Mutter sitzt in Abschiebehaft, während eines ihrer Kinder beim Kindernotdienst vor Kummer erkrankt. Vater und Tochter werden abgeschoben, während Mutter und Sohn hier sind. Eine Behinderte wird abgeschoben, obwohl ihr Bruder sie hier pflegen kann.

In Abschiebegefängnissen sitzen Minderjährige, obwohl das gegen nationale Gesetze und internationale Abkommen verstößt. 16-jährige Flüchtlinge werden in Sachen Ausländerrecht wie Volljährige behandelt. Wer sich im Paragrafen-Wald ungeschickt anstellt, den straft das Aufenthaltsrecht, denn „mangelnde Handlungsfähigkeit ... steht“ ihrer „Zurückschiebung nicht entgegen.“ Also kann ein Vormund den teuren Handy-Vertrag seines Mündels erfolgreich anfechten, die drohende Abschiebung aber nicht.

Das Fass der Ungerechtigkeiten ist längst übergelaufen. Allein in der Hauptstadt leben 6000 Kinder und Jugendliche in ständiger Angst vor Abschiebung. Des-

Theaterstück rückt Konferenz auf den Pelz

halb bat der Flüchtlingsrat Berlin das GRIPS Theater um Hilfe. Gemeinsam mit der GEW Berlin starteten sie am 5. April das bundesweite Aktionsprogramm „HIER GEBLIEBEN! Für das Bleiberecht von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien“. Innerhalb dieses Programms können sich Heranwachsende über Migration und Asyl informieren. Sie erfahren, welche Möglichkeiten ihnen eine Demokratie bietet, sich z.B. für Kinderrechte zu engagieren.

So haben sie bereits eigene Forderungen formuliert und dazu hunderte „ANSICHTS-Karten“ gestaltet. Sie wollen, dass „alle Kinder und Jugendliche, die in Deutschland zur Schule oder in den Kindergärten gehen, die hier leben, hierher geflohen oder hier gebo-



Kampagne HIER GEBLIEBEN! demonstrierten am 6. Juni in Berlin

ren sind, weiterhin das Recht erhalten, mit ihren Eltern und Verwandten in der Bundesrepublik Deutschland zu leben.“ Auch Kranke und Kriegstraumatisierte sollen bleiben können und auch „die über 200 000 nur ‚geduldeten‘ Flüchtlinge.“ Außerdem soll die BRD endlich die UNO-Kinderrechtskonvention vollständig ratifizieren. Durch ihre Aktionen wollen sie die Innenminister überzeugen, die am 23./24. Juni in Stuttgart konferieren. Tagesordnungsanträge zum Bleiberecht liegen dort vor.

Was Solidarität bewirken kann, bewiesen Schüler der Berliner Fritz-Karsen-Schule letztes Jahr. Sie verhinderten die Abschiebung ihrer 14-jährigen Klassenkameradin Tanja. Ihr Engagement wird in dem neuen GRIPS-Theaterstück „HIER GEBLIEBEN!“ dargestellt. Mit 45 Aufführungen in Theatern und Schulen nähern sich Schauspieler und Theaterpädagogen der Innenministerkonferenz. Während die Minister beraten, werden die „ANSICHTS-Karten“ und das Stück auf dem Stuttgarter Marktplatz gezeigt. Das müsste ganz im Sinne des Bundesinnenministeriums sein, denn auf seiner Web-Seite steht: „Der moderne Staat braucht mündige, verantwortungsbereite und für das Gemeinwohl sich engagierende Bürgerinnen ...“

Wir „nehmen die Innenminister beim Wort!“, so die Initiatoren des Aktionsprogrammes. Jens Uwe Thomas, Sprecher des Flüchtlings-

rates, findet es „ermutigend“ dass durch dieses Programm „neue Partner“ für die Flüchtlingspolitik „gefunden wurden, z.B. die Gewerkschaften.“ Inzwischen unterstützt nicht nur ver.di Berlin

die Kampagne sondern auch der DGB, attac und viele Kulturprojekte. Den Appell der Kulturschaffenden dazu unterschrieben der Bundesfilm-Preisträger Fatih Akin, die Regisseurin Doris Dörrie, die Sängerinnen Katja Ebstein und Bettina Wegener, die Autorinnen Christa Wolf und Inge Deutschkron, der Grafiker Klaus Staeck und viele andere. Auch christliche Demokraten wie Heiner Geißler meldeten sich, um dieses Land wieder menschlicher zu machen. Viel Erfolg! **Antje Grabenhorst**

Informationen: www.hier.geblieben.net, info@hier.geblieben.net, 030/39 74 25 01. Spenden unter dem Stichwort „Bleiberecht“ Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl: 100 205 00, Konto-Nr. 311 68 03, Flüchtlingsrat Berlin
Post an GRIPS Theater, Aktion „HIER GEBLIEBEN!“, Altonaerstr. 22, 10557 Berlin. Einzelvormundschaften für Flüchtlinge vermittelt das AKINDA-Netzwerk (030/32 70 93 40). Mentorinnen für Flüchtlinge sucht XENION: Erstintegration (030/31 01 25 63), Berufswegbegleitung (030/32 70 93 40)

ANZEIGE

AOK – Die Gesundheitskasse
für das Land Brandenburg

Gesundheit
und
Gesundheitspolitik
im
Land Brandenburg

Sie recherchieren, brauchen Informationen, Zahlen, Daten, Hintergründe?

Rufen Sie uns an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg

Potsdamer Straße 20, 14513 Teltow

Pressesprecher: Jörg Trinogga

Telefon: 03328 45-1513

Telefax: 03328 45-1514

E-Mail: joerg.trinogga@brb.aok.de

Internet: <http://www.aok.de/bra>

AOK. Wir tun mehr.





DRUCKER MACHEN G

Druck-Arbeitgeber wollen den freien Fall – ver.di

Bundesweite Tarifrunde 2005 – am 31. Mai tagte sie zum 14. Male für die Druckindustrie. Für die Papierverarbeitung war es am 3. Juni die neunte Runde. Ergebnislos. Ein neuer Manteltarifvertrag scheitert immer wieder an der beiharten Haltung der Arbeitgeber. Sie beharren auf Verlängerung der Wochenarbeitszeit bis zu fünf Stunden ohne Lohnausgleich, auf Samstag als Regelarbeitstag, auf Reduzierung der Maschinenbesetzungen, auf Änderungen vereinbarter Arbeitszeiten mit kurzfristiger An- und Absage usw. usf...

Der Horrorkatalog ist lang. Er kämpftes der letzten 50 Jahre soll gestrichen werden – obwohl es der Branche mit Umsatzsteigerungen von 3,1 Prozent und

einem Produktivitätszuwachs von über 6 Prozent 2004 wieder besser geht. Arbeitgeber begründen ihr Verlangen mit Investitionen in die Zukunft. Praktisch jedoch wollen sie einen Freibrief für Dumpinglöhne und Leistungsverdichtung. Wenn die Gewerkschaft nicht kuschelt, werde es keinen Flächentarifvertrag mehr geben, drohen sie.

Auf diese in der Druckindustrie bislang beispiellosen Zumutungen antworteten die Beschäftigten mit Hunderten von Warnstreiks bundesweit. In der Papierverarbeitung waren es 12.000 Kolleginnen und Kollegen aus 110 Betrieben. Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Chef: „Wir wollen einen raschen Abschluss, werden aber keine faulen Kompromisse schließen.“

RAUS IN DEN REGEN UND DIE KÄLTE!

Zwei von Hunderten: Warnstreiks der Drucker in Berlin

Raus ins Unwetter? Aber klar! Für rund 50 Kollegen der Spätschicht im Druckhaus Spandau der Axel-Springer AG war das am 3. Mai keine Frage. „Wir streiken doch nicht in der Kantine!“ Genau zu Streikbeginn hatte der Himmel seine Schleusen geöffnet, schickte Sturzfluten und Hagel – aber auch einen Regenbogen als gutes Omen.

Nach Ablauf der Friedenspflicht hatte ver.di die insgesamt 400 Beschäftigten im modernen Produktionsgebäude am Brunsbüttler Damm zum Warnstreik aufgerufen. Auch in der folgenden Nachtschicht standen noch einmal 50 Kollegen vor dem Werktor. Hier werden in drei Schichten BZ, Bild, Die Welt, Morgenpost, Tagesspiegel, Teile der Süddeutschen Zeitung und des Handelsblatts gedruckt. Deren Produktion wurde durch die Streikaktion behindert.

„Alle sind aufgerufen, doch letztlich muss das jeder für sich selbst entscheiden“, sagte Streikleiter Holger Barowetzke. „Wir stehen hier für alle, denn dass der Manteltarif erhalten bleibt und die

35-Stunden-Woche nicht angetastet wird, liegt im Interesse jeder Kollegin und jedes Kollegen. Den



Heißer Kaffee und kalte Wut im Bauch

Verhandlungen muss Druck gemacht werden.“ 40-Stunden-Woche, Streichung der Zuschläge, Änderung der Besetzungsregeln – die Stimmung der Kollegen ist angesichts dieser von der Arbeitgeberseite geplanten Zumutungen geladen. „Das kann man nicht hinnehmen“, sagte Michael Schaper. Der Drucker sieht sich und viele seiner Kollegen in kämpferischer Tradition. „Ich habe noch keinen Streik ausgelassen. Wir haben auch

schon mal 14 Tage für weniger draußen gestanden.“

Raus in die Kälte? Auch für rund 350 Kolleginnen und Kollegen der ersten Schicht der Bundesdruckerei war das kurz vor ihren Haustarifverhandlungen keine Frage. Dass der zum Jahresende auslaufende Haustarif sich an den Mantel anlehnt und es wichtig ist, dass der vernünftig ausgehandelt wird, dieser Zusammenhang war den Beschäftigten klar. Dafür sprach die große Beteiligung an der von ver.di polizeilich angemeldeten Demonstration.

Bis zu zwölf Stunden standen Streikverantwortliche an diesem 11. Mai vor den drei Toren des Gebäudekomplexes in Berlin-Kreuzberg, da die einzelnen Bereiche unterschiedlich mit der Arbeit beginnen. Vier bis fünf wärmende Kleidungsschichten übereinander gezogen, schützten vorm eisigen Hauch des kalten Maitages. Heiße Bockwürste und Pötte voll Kaffee gingen draußen zu Hunderten weg. Drinnen war die Produktion nachhaltig gestört. Die Stimmung



sei mies, gab ein Setzer das verbreitete Gefühl unter seinen Kolleginnen und Kollegen wieder. Seit zehn Jahren werde Privatisierung betrieben, keiner wisse genau, was komme. Die Umstrukturierung der Bundesdruckerei in ein Sicherheits-Serviceunternehmen bringe viele Unsicherheiten mit sich. Er sei seit 36 Jahren im Betrieb und habe durch das Kappen der Hauszuschläge in den letzten vier Jahren 350 Euro monatlich weniger in der Lohntüte. Noch mehr als jetzt denkbar, könne passieren, meinte ver.di-Sekretär Manfred Föllmer. „Möglicherweise gibt es bald ganze Bereiche nicht mehr.“ Hannelore Gerth vom Bereich Statistische Qualitätsprüfung bestätigte, dass viele Angst um ihr Geld und den Arbeitsplatz hätten. Das Klima sei nicht gut im Unternehmen, deshalb hätten sich auch alle Vertrauensleute auf einem vorhergehenden Wochenend-Seminar einhellig für Tarifaktionen ausgesprochen.

EHÖRIG DRUCK

will tariflichen Schutz

Wenn es nötig ist, können wir die Auseinandersetzung sehr, sehr lange führen. Ich denke dabei nicht nur an das Jahr 2005.“

Nach Urabstimmungen im Juni – für die Papierverarbeitung vom 20. bis 24. Juni – habe ver.di einen flexiblen Arbeitskampf im Sinn, der in einzelnen Betrieben ein oder zwei Wochen dauern könne. „Wenn die Arbeitgeber stur bleiben“, so Wernecke, „ist es auch möglich, dass wir Zeitungsdruckereien während der heißen Phase des Bundestags-Wahlkampfes, am Wahltag oder während der Fußball-WM bestreiken.“ Die Kollegen seien arbeitskampffähig, jetzt genauso wie Anfang 2006. „Streiks müssen wirtschaftlich weh tun, ansonsten bleiben Arbeitskämpfe eine stumpfe Waffe.“



Fotos: transit/Christian von Polentz (4), Gabriele Senft (1)

ZU KLEIN, UM DABEI ZU SEIN?

Akzidenzbetriebe: Manteltarif existenziell bedeutend

Erinnern wir uns: Als 1984 in der Druckindustrie der Einstieg in die 35-Stundenwoche erstreikt wurde, hätten wir dieses Ergebnis nicht erreicht, wenn ausschließlich unsere Kolleginnen und Kollegen in den Zeitungsbetrieben und in den Tiefdruckereien vors Tor gegangen wären. In den folgenden Jahren hätten wir den freien Samstag nicht verteidigen können, wenn nicht auch in den Akzidenzbetrieben Unorganisierte, die noch nie mitgemacht hatten, sich an den Streiks beteiligt hätten. Achtzig Prozent der Beschäftigten der Druckbranche arbeiten in Klein- und Mittelbetrieben. In Berlin und Brandenburg mußten wir in den letzten Jahren mit verfolgen, dass von diesen einer nach dem anderen in die Insolvenz ging, viele darunter mit Tradition und klangvollen Namen: Meisenbach & Riffarth, Krupijai und Prochnow, Hellmich, Henrich, Chmielorz, JUP, Thormann & Goetsch, Fürst & Sohn....

Sind all die Arbeitsplätze, die dort verloren gegangen sind, von maßlosen, nur an den Großen in

der Branche ausgerichteten und durch den Manteltarifvertrag (MTV) festgelegten hohen Löhnen, kurzen Arbeitszeiten, vernünftigen Maschinenbesetzungen vernichtet worden? Nicht wenige der Geschäftsführer, die im Arbeitgeberverband den Ton mitbestimmen, wollen das immer wieder glauben machen.

Wir, die wir in diesen Betrieben arbeiten und gearbeitet haben,

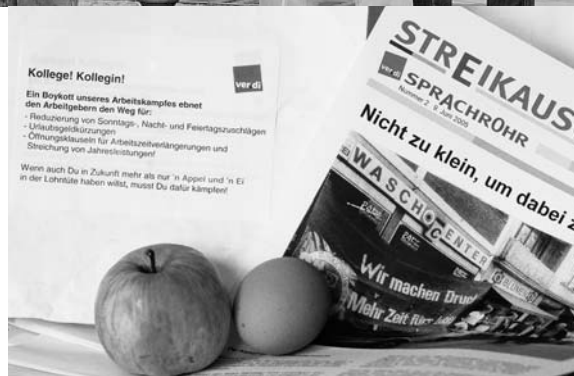
Für 'nen Appel und 'n Ei arbeiten wir nicht

wissen es besser: Gnadlose Unterbietungskonkurrenz, die Ausweitung der Kapazitäten der Großen, oft mit Verlagen verbundenen Druckereien, Fehler von Geschäftsführern und mangelhafte Kompetenz bei der Anpassung an technologische Entwicklungen, Desinteresse an der Qualifizierung der Belegschaften – auch diese Aufzählung könnte fortgesetzt werden – haben vielen dieser Betriebe das

Genick gebrochen.

Gerade uns, die wir in den Akzidenzbetrieben arbeiten, muss bewusst sein: Das Bestehen des MTV ist für unser Einkommen, für unsere Gesundheit, für die Arbeitsbedingungen, für die Qualität unserer Arbeit, für das Fortbestehen der Betriebe und damit unserer Arbeitsplätze von existenzieller Bedeutung. Große und starke Belegschaften in den Zeitungsbetrieben, in den Tiefdruckereien könnten – wenn der Manteltarifvertrag nicht mehr existieren sollte – noch akzeptable Haustarifverträge aushandeln. Die Belegschaften in kleinen Betrieben wären vogelfrei. Sobald die Arbeitgeber unserer Branche kein Regelwerk mehr haben, das auch sie zur Einhaltung von Standards verpflichtet, werden viele Betriebe den freien Fall nach unten antreten.

Sage niemand, „unser Arbeitgeber ist gar nicht mehr im Verband“



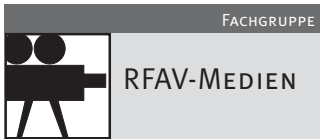
oder „unser Betrieb ist überhaupt nicht tarifgebunden“, und glaube deswegen, den Kampf um den Erhalt des Manteltarifvertrages anderen überlassen zu können. Die Existenz des Manteltarifvertrages bedeutet nach wie vor eine Messlatte, an der sich allgemein orientiert wird.

Sage niemand, „auf mich kommt es nicht an“ oder „unsere Belegschaft ist zu klein“. Wir alle brauchen die Solidarität von allen. Die Kleinen brauchen die Großen und die Großen brauchen die Vielen. Dieser Kampf um den Erhalt unserer Manteltarifverträge geht alle an. Betiligen wir uns daran! Wir wissen es und Friedrich Schiller sagt es uns in schönen Worten: Verbunden sind auch die Schwachen mächtig!

Constanze Lindemann, Vorsitzende des ver.di-Landesfachbereichs 8

Durchbruch, aber keine rosige Zeit

Tarifabschluss beim RBB bringt nur geringe Steigerungen, aber gewachsenes Vertrauen



Ein Etappenziel ist erreicht: Nach zwei Jahren zähen Ringens konnten sich die Gewerkschaften ver.di und DJV am 21. April mit dem RBB auf einen Tarifabschluss einigen. ver.di-Verhandlungsführer Gerd Nies: „Vor allem wollten wir möglichst schnell den Unterschied zwischen den Standorten Potsdam und Berlin ausgleichen.“ Außerdem sei es darum gegangen, die Vergütungen der allgemeinen Entwicklung im öffentlich-rechtlichen Rundfunk anzupassen.

In drei Schritten soll nun die Tabelle Potsdam bis Juli 2007 vollständig an Berlin angeglichen werden. Eine erste lineare Gehaltserhöhung für alle Beschäftigten um ein Prozent soll es rückwirkend ab 1. Januar 2005 geben, eine weitere um 1,7 Prozent ab 1. Juni 2005. Dies gilt auch für die Auszubildenden. Alle Vollzeitbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen erhalten im Juni eine Einmalzahlung von 500 Euro, Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende einen anteiligen Betrag. In Arbeitsgruppen sollen einzelne Punkte, etwa zur Arbeitszeit, geklärt werden. In Punkto Gehaltsanpassung habe man zweifellos einen Preis bezahlt, so Nies, die Vergütungserhöhungen seien insgesamt recht bescheiden.

Nach ver.di-Einschätzung stellt der Abschluss sicher, dass die RBB-Beschäftigten nicht vom ARD-Niveau abgekoppelt werden. Dies sei nur möglich gewesen, weil auf ARD-Ebene eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Sendern zur Altersvorsorge zustande gekommen sei. Die rückwirkende Zahlung beim RBB soll dementsprechend erst mit Inkrafttreten des Grundsatztarifvertrages über die Altersversorgung auf ARD-Ebene erfolgen. Eduard Hartmann vom ver.di-Senderverband: „Der ARD-Altersversorgungstarifvertrag ist bereits parafiziert, aber noch nicht unterschrieben. Bei der Auslegung bestimmter Berechnungsmodalitäten



ten gibt es Probleme“. Das Verfahren stocke daher, aber man habe die Ankündigung, dass die Einmalzahlungen trotzdem geleistet werden. Die strittigen Fragen ließen sich hoffentlich noch im Juni klären.

Dietrich Peters, zuständiger ver.di-Fachgruppensekretär, nimmt die Frage der Alterssicherung ernst:

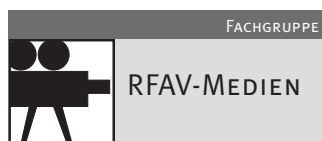
„Von den Ruheständlern kamen für den ausgehandelten Vertrag massive Proteste, mit der Bitte, nicht zu unterschreiben.“ Tatsächlich käme es wohl bei Beschäftigten mit „alten“ Versorgungstarifverträgen zu Absenkungen.

Begonnen haben auch Tarifverhandlungen für die freien Mitarbeiter. Rosige Zeiten sieht Hart-

mann da nicht, schließlich wolle die Geschäftsleitung von Zwangspausen und Prognoseregulierung auf keinen Fall ablassen. Verhandelt wird jedoch über die Honorare. So ergab die Runde im April, dass diese für freie Mitarbeiter zum 1. August 2005 um zwei Prozent und zum 1. Januar 2006 um weitere 1,3 Prozent erhöht werden. Geplant sei nach Informationen von rbbpro eine einheitliche Struktur für alle Standorte und Redaktionen, nach dem Motto: „Eine bestimmte Tätigkeit bringt ein bestimmtes Honorar“. Derzeit stelle man auf, was tatsächlich gezahlt wird.

Trotz fortbestehender Schwierigkeiten bewerten die ver.di-Sprecher das Ergebnis positiv. „Nach einer langen Zeit der Blockade ist es endlich gelungen, zu einem Abschluss zu kommen“, freut sich Nies. Politisch sei es außerordentlich wichtig, dass sich die Verweigerungshaltung in der Tarifpolitik ein wenig gelöst habe. Die Stimmung sei monatelang sehr angespannt gewesen. Nun sei das beiderseitige Vertrauen, dass man Ergebnisse erzielen könne, gewachsen.

Ute C. Bauer



Die Kinostreiks werden fortgesetzt. Weil die Geschäftsleitungen von CinemaxX und Neue Filmopalast (UFA-Kinos) den Beschäftigten keinen Schritt entgegengekommen sind, hat ver.di mit den Arbeitnehmern weitere Strategien im Tarifstreit entwickelt.

Pünktlich zum Start des neuesten Star-Wars-Streifens „Episode III“ gab es eine bundesweite Aktion. Dietrich Peters, ver.di-Fachgruppensekretär: „Die Beteiligung war insgesamt gut.“ In Berlin habe man am 21. Mai das UFA-Kino in der Kulturbrauerei bestreikt: „Das war ein Volltreffer, es sind wirklich mal Vorstel-

Sternenkrieg fiel aus

Kinostreik mit Perlenkettenstrategie

lungen ausgefallen“. Man sei dort absolut unvorbereitet gewesen. Zehn Tage lang seien anschließend im Colosseum und am Potsdamer Platz Aktionen gelaufen. Am 2. Juni habe man mit der so genannten Perlenketten-

Geltende Verträge sollen nicht angewendet werden

strategie begonnen: Bundesweit werde täglich in einem anderen Kino zum Streik aufgerufen.

Die ver.di-Forderungen sind unverändert: Sofortige Lohn- und Gehaltserhöhung um 25 Cent

pro Stunde, Einbeziehung von Betriebsleistungsassistentinnen und -assistenten in den Tarifvertrag mit einem Mindestgehalt von 2000 Euro, Abschluss eines Tarifvertrags zur betrieblichen Altersvorsorge sowie Einführung von unbezahltem Urlaub zur Aus- und Fortbildung.

Der einfachste Weg wäre nach Sicht des ver.di-Kinonetzes die Einbindung beider Unternehmen in den bestehenden Tarifvertrag mit dem Hauptverband Deutscher Filmtheater. Zurzeit erwägen die Unternehmen eine Rückkehr in den Verband, allerdings wollten sie die geltenden Verträge nicht anwenden. **ucb**



FACHGRUPPE

JOURNALISMUS

Den erstmals ausgeschrieben AWO-Medienpreis in Kooperation mit der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg haben Autorinnen der „tageszeitung“ (taz), des Westdeutschen Rundfunks (WDR) und des Rundfunks Berlin-Brandenburg (rbb) gewonnen. Der Preis war mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Die Jury lobte den sensiblen Umgang in den Beiträgen mit dem Wettbewerbsthema „Auf gleicher Augenhöhe: Interkulturelle Öffnung als Zukunftsaufgabe“. Die Laudatio bei der Preisverleihung im Steigenberger Hotel Berlin hielt Günther Piening, Beauftragter für Integration und Migration des Senats von Berlin und Mitglied der Jury.

Den ersten Preis erhielt Sabine am Orde, taz-Redakteurin für Bildung und Interkulturelles, für die 13-teilige Serie „Islam in Berlin“, die sie konzipiert, umgesetzt und in Teilen auch selbst geschrieben hat. Sie wurde auch stellvertre-

taz-Redakteurin gewinnt neuen AWO-Medienpreis

Wettbewerb „Auf gleicher Augenhöhe“ fand gute Resonanz



Foto: transit/v. Polentz

Preisgestalter Hohl-Stein signiert für die Preisträgerinnen Sabine am Orde, Helena Pekalis und Silke Diettrich seine Skulpturen.

tend für alle mitwirkenden Autorinnen und Autoren ausgezeichnet. „Eine differenzierte Betrachtung, intelligent und verständlich, ohne die Brüche und Konfliktpunkte auszusparen, macht die hohe journalistische Qualität der Serie aus“, hieß es in der Jury-Begründung. Der zweite Preis ging an Helena Pekalis für ihren Hörfunkbeitrag „Fühlen in Türkisch – Berechnen in Deutsch? – vom Leben in zwei Muttersprachen“, gesendet im WDR 5. Mit dem dritten Preis wurde Silke Diettrich für drei Beiträge zur Hörfunk-Serie „Mi Amor“, die vom Inforadio und radio multikulti gesendet wurden, prämiert. Mit dem Thema „Liebe“ habe sie sich eines besonders schönen Aspekts des komplexen Bereichs angenommen, betonte die Jury. **sil**

BOULEVARD

B.Z. gehört jetzt zur Bild

Die Boulevardzeitung B.Z. wurde zum 1. Mai vom Konzern aus der Ullstein-Gruppe (Welt, Berliner Morgenpost) herausgelöst und der Bild-Gruppe zugeordnet. Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg befürchtet, dass künftig ähnlich wie bei Welt/Berliner Morgenpost die Redaktionen zusammengelegt werden.

Dies sei nicht geplant, lediglich die Marketingaktivitäten der Boulevard-Blätter sollen gebündelt und besser abgestimmt werden, versicherte eine Sprecherin des Konzerns.

„Wir sind skeptisch und werden die weitere Entwicklung bei Bild und B.Z. beobachten“, betonte Matthias Gottwald, dju-Vorsitzender Berlin-Brandenburg. **sil**

Immer wieder Traumfabrik

Filmpark Babelsberg mit „Masterplan“

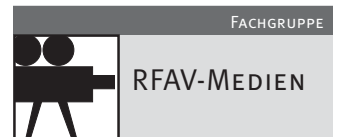
Einst hatte der französische Mischkonzern Vivendi tollkühne Pläne mit dem Filmpark Babelsberg. Vor zwei Jahren wechselte der Besitzer. Die Traumfabrik der 30er Jahre inspiriert auch ihn. Ende Mai stellte Filmpark-Chef Friedhelm Schatz seine „Vision Babelsberg“ vor. Mit im Boot sollen nicht nur Filmpark-Gesellschafter Ekkehard Streletzki und Projektentwickler Gerd Schultes, sondern auch das Filmstudio, die Hochschule HFF und der RBB sitzen. Der Bebauungsplan, den Vivendi noch mit gigantischen Büroflächen und einem Multiplexkino mit 25 Sälen vorgesehen hatte, wurde gnadenlos abgespeckt. Ob die neuen Ideen mit Metropolis-Multifunktionshalle, Gästehäusern, Themenhotel, neuem Sendezentrum und Studios realistischer sind, wird sich zeigen. Wie hoch das Gesamtvolumen wäre, konnte Schatz nicht sagen. Allein für das Hotel rechnet er mit 25

Millionen Euro. Auch Investoren konnte er noch nicht vorweisen. Trotzdem gibt es eine Zeitschiene für seinen „Masterplan Campus Babelsberg“: Am 6. August startet das Kinderradio Teddy, und am 1. April 2006 soll die wissenschaftliche Mitmachwelt für Kinder eröffnet werden. Ebenfalls für 2006 ist die Erweiterung der Schaustelle Deutscher Film in Zusammenarbeit mit der Deutschen Filmakademie e.V. vorgesehen. Das Jahr 2007 hat Friedhelm Schatz für die Eröffnung von Metropolis-Halle und Parkhaus, das Atelier in der Caligari-Halle und das Gläserne Studio angepeilt. „Dass der Deutsche Film hierher kommen muss, versteht sich von selbst“, verkündete Schatz vollmundig.

Relativ konkret scheint der Umbau des Filmparks Babelsberg zu sein, um ganzjährig öffnen zu können. Ziel sei, im kommenden Winter mit einer kleineren Variante

neuer „Indoor-Attraktionen“ zu starten. Schatz sprach von rund 100 Beschäftigten, die ganzjährig bei ihm angestellt seien. Nach Sprachrohr-Informationen hat er sich dabei etwas verschätzt: 16 sind noch ganzjährig angestellt, 55 haben einen Saisonvertrag für acht Monate eines Jahres. Den Rest der Zeit müssen sie sich eine andere Anstellung suchen oder zum Arbeitsamt gehen.

Ganz andere Probleme haben der Filmpark und das Filmstudio untereinander. Vivendi hatte die Grundstücke zwischen den beiden Unternehmen nicht sauber aufgeteilt. Ein Teil der Betriebsstätten und zur Hälfte das Kopierwerk des Filmstudios gehören dem Filmpark. Umgekehrt ist das Filmstudio zum Teil Eigentümer des Grundstücks von Janoschs Traumland. Dies birgt Konfliktstoff. Dennoch betonte Schatz: „Das Studio Babelsberg ist einer der wichtigsten Partner.“ **sil**



FACHGRUPPE

RFAV-MEDIEN

KURZMELDUNGEN

ERINNERUNG UND
KLARSTELLUNG

Betrifft § 8 MS-Dienstvertrag Land Berlin für Lehrkräfte: „Der Musikschullehrer/die Musikschullehrerin ist nicht beauftragt, Erklärungen für und gegen die Musikschule abzugeben oder entgegenzunehmen.“ Diese Regelung bezieht sich laut Brief der Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport vom 7. Januar 2001 allein auf Erklärungen, die das Vertragsverhältnis zwischen Musikschule und Schüler/Eltern betreffen. Andere Interpretationen dieser Bestimmung sind, so wörtlich: abwegig. Musikschulleiter, die diese Bestimmung im Sinne des § 9 BAT geltend machen wollen, fehlinterpretieren oder bluffen.

KÜNSTLERSOZIALKASSE

Der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat die nötigen zusätzlichen Mittel für die Künstlersozialabgabe bewilligt (siehe Sprachrohr 2/05). Wir fordern nun, dass weitere Berliner Bezirksverwaltungen ebenfalls diesen Schritt gehen.

SOLIDARITÄT

Mitglieder der Fachgruppe Musik haben Anfang Mai, gemeinsam mit Mitgliedern anderer Fachgruppen, die Warnstreiks der Berliner Drucker unterstützt.

AKTION

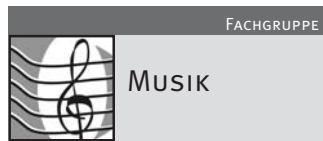
Die Fachgruppe Musik verteilt ab 11. Juni Postkarten an Schüler, Eltern, Lehrer und Interessierte, adressiert an Senator Klaus Böger, die ihn auffordern, sich spürbar für die Belange der Berliner Musikschulen zu verwenden.

VERSAMMLUNGEN

Zur nächsten Versammlung der Fachgruppe Musik sind alle interessierten Kolleginnen und Kollegen herzlich eingeladen: 9. September 2005, 9 Uhr, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. **B.J.**

Kultur-Horror in Frankfurt/Oder

Zuschüsse bis 2008 um weitere Millionen gekürzt



Am Ende des Jahres 2005 wird die Stadt Frankfurt/Oder ein Haushaltsdefizit von circa 52 Millionen Euro aufweisen. Allein in diesem Jahr werden 16 Millionen Euro im Stadtsäckel fehlen, aus verschiedenen Gründen, auch wegen Hartz IV.

Seit der Tagung des Finanzausschusses im Januar steht fest: Es müssen weitere fünf Millionen Euro zum bereits existierenden Haushaltssicherungskonzept bis 2008 gespart werden, bei der Kultur allein 2,5 Millionen! Derzeit erhält der gesamte Kulturbereich jährlich einen Zuschuss in Höhe von 7,4 Millionen Euro städtischer Gelder, davon das Staatsorchester 2,4 Millionen Euro.

Die Musikschule der Stadt ist als Teil des Kultur-Eigenbetriebes seit dem Jahre 2000 ständig in Vorleistung gegangen. So wurde die Zahl der Festangestellten von 22 auf heute 13 reduziert, die gemeinsam mit rund 60 freien Mit-

Möglichkeit, die für Musikschulen nicht existiert, da die regionale Wirtschaft auf Grund eigener Sorgen eine schlechte Lobby darstellt.

Der Sparbeschluss des Finanzausschusses, der den Etat-Zuschuss für die Kultur um ein Drittel reduziert hätte, ist inzwischen zurückgenommen. Die Sparvarianten sollen bis Mitte Juni 2005 erarbeitet werden. Schließlich werden alle kulturellen Einrich-

tungen betroffen sein. Da nützt es auch nichts, wenn der Ober-

Weitere Einsparungen
unerwünscht

bürgermeister Martin Patzelt (CDU) keine weiteren Einsparungen bei der Kultur wünscht.

ver.di wird die weitere Entwicklung wachsam beobachten. **R.M.**

IMMER WIEDER ERINNERUNG



Monika Erhardt-Lakomy las Erich Kästner. Damit beteiligte sie sich als Vertreterin des Berliner VS an der traditionellen Lesung am 10. Mai auf dem August-Bebel-Platz. Die Organisatoren um das Antieiszeitkomitee erinnern mit dieser Lesung an historischem Ort jährlich an den Tag der nazistischen Bücherverbrennung. Foto: Paul Glaser

Niemand sponsert die
Musikschulen

arbeitern 1200 Schüler betreuen. Jährlich wurden die Zuschüsse um große Summen gekürzt. Auch das Land ziehe sich immer mehr aus der Förderung zurück, so Ulf Kröger, Leiter der Musikschule. 2000 habe er noch rund 180 000 Euro aus Potsdam erhalten, 2004 seien es nur noch 120 000 Euro gewesen. „Sollten wir noch mehr Lehrer verlieren, sind Ensembles kaum noch zu betreuen“, sagt Kröger.

Sorgenfalten hat auch Manfred Uhlmann, Vorsitzender des Landesausschusses „Jugend musiziert“. Unsicher ist, wie hoch der Zuschuss der Stadt beim Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ sein wird, wenn er wieder in Frankfurt/Oder ausgetragen wird. Inzwischen sind Sponsoren für den reduzierten Landeszuschuss in die Bresche gesprungen. Eine



FACHGRUPPE

DARSTELLENDEN
KUNST

Durchblick und Einblick...

8. Deutsches Kinder- und Jugendtheatertreffen in Berlin

Das größte Treffen des deutschen Kinder- und Jugendtheaters vom 27. April bis 2. Mai in Berlin ist vom Publikum wahrgenommen worden. Für die Fachwelt wurde es seit Bestehen 1991 zum wichtigsten Arbeitstreffen, zu dem auch diesmal über aktuelle thematische Tendenzen und Schwerpunkte und innovative Theaterformen für Kinder und Jugendliche diskutiert werden konnte.

Im Hauptprogramm waren zehn ausgewählte Aufführungen für Kinder von drei Jahren bis über das jugendliche Alter hinaus zu sehen. Das Augenmerk bei den fünf Inszenierungen für Kinder lag vor allem auf Formen, die die

und ihre Weltsicht auf besondere Weise in die Theaterarbeit mit einbezogen werden können. Zwei weitere wichtige Themen: Theater und Krieg sowie Theater für die Allerjüngsten wurden durch ein internationales Programm mit sieben Gastspielen präsentiert und zur Diskussion gestellt. Was kann Theater über Krieg erzählen und was geschieht mit Kindern und Jugendlichen im und durch den Krieg?, war eine der Fragen. Sieht Theaterkunst für die Allerjüngsten in Frankreich und Italien stärker als in Deutschland aus? Wie stehen Kunst, Spiel und Pädagogik im Verhältnis?

Im Rahmenprogramm gab es theater- und medienpädagogische Projekte mit Kindern und Jugendlichen, die ihnen für diese sechs Tage Einblicke, Durchblicke und ganz neue Erfahrungen gewährten. Rund 270 Schülerinnen und Schüler haben aktiv als Patenklassen und in der Jugendredaktion mitgewirkt. Täglich erschien der „blickfang“, eine Zeitung von zehn jugendlichen Jour-

nalistinnen und Journalisten gemacht und die „Tagesschau“, eine von sechs jugendlichen Videokünstlern gestaltete Arbeit. Theaterpädagogen haben mit Klassen aus Berliner Schulen ausgewählte Stücke vorbereitet, die Aufführungen besucht und Eindrücke für ihre eigene theaterpraktische Arbeit mitgenommen.

Verschiedene Foren wie ein Arbeitsforum Kinder- und Jugendtheater des Goethe-Institutes, ein Treffen für Studierende der Theaterwissenschaften, Theaterpädagogik und Schauspiel fanden statt. Etwa 100 Studierende von der UdK Berlin, den Universitäten Bonn, Hildesheim, Hamburg und Oldenburg, der Akademie für darstellende Kunst Ulm, der Alice-Salomon-Fachschule Berlin, der Hochschule für Bildende Künste Braunschweig und der Fachhochschule Potsdam haben das Festival besucht und Beobachtungen der speziellen Szene in ihre Studien einbezogen. Diskussionen und Vorträge machten das Treffen zu einem wichtigen Ereignis für 350

Theaterfachleute aus der ganzen Bundesrepublik sowie für Gäste aus England, Frankreich, Norwegen, Irland, der Schweiz, Italien, Kroatien, Serbien, Tschechien, Polen, Ungarn, Israel, Finnland,

Exzellente Gäste,
beste Ausstattung

den Niederlanden, Namibia, Bolivien, Russland, Brasilien, Indien, Kanada und Japan.

Das Treffen fand im carousel Theater an der Lichtenberger Parkkaue als Hauptspielort, im GRIPS Theater, in der Schaubude, in der arena Berlin und im Haus der Berliner Festspiele statt.

Fazit: 61 Vorstellungen mit insgesamt 7121 Plätzen, davon 6800 belegt. Das entspricht einer Auslastung von 95,3 Prozent. Wo gibt es das sonst noch?

Roswitha Weber

Weitere Informationen finden sich unter www.augenblickmal.de.

Spezielles auch für
die Allerjüngsten

üblichen Theaterräume verlassen und das Verhältnis von Künstler und Zuschauer speziell gestalten. Fünf Inszenierungen im Jugendtheater zeigten, dass Jugendliche

LITERATUR

Fussballlesung des VS
– Ein Anstoß der
besonderen Art

Knallrot Wilmersdorf gegen Beinhart Klink:

1. Spiel am 25. Juni in Klink an der Müritz, Anpfiff: 13.00 Uhr. Lesung nach dem Spiel mit Horst Bosetzky und einem Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern zur Einweihung des neuen Sportgebäudes im Hafen am Schloss, Hafengebäude Tel. 0 39 91163 47 41. Zugverkehr: Berlin-Waren stündlich.

2. Spiel am 27. August, ab 14.00 Uhr, im Volkspark Wilmersdorf anschließend Lesung im Casino Volkspark Wilmersdorf, Uhlandstraße (U-Bahn Blissestraße). Infos in der Geschäftsstelle Telefon: 0 30-88 66 - 54 03, www.vs-berlin-brandenburg.de

...und dann die Augenblicke

Acht Tage gute Laune, gutes Spiel, acht Tage Theater

„Wir treten hinein in ein Bild. Wir treten hinein in eine Geschichte. Das Bild öffnet sich, dort ist ein Augenblick. Die Augenblicke setzen sich zusammen. Linien verbinden sich. Und dann ist da die Erinnerung, dieser Augenblick, den man nicht mehr vergisst. Die Augenblicke überschneiden sich...“ Zitat aus dem Prolog von Frauke Scheffler zur Eröffnung des 26. Theaterfesttreffens der Jugend.

Der Mai ist Theater-Festivalzeit in Berlin. In der WABE im Prenzlauer Berg ist gerade das Jugendtheatertreffen zum 26. Mal gelaufen. Acht Gruppen. Acht Stücke. Acht Tage Theater.

Zwischendurch gab es Workshops und Gespräche mit Experten. Eine Fachtagung für die

Spielleiter warf Fragen zu Themen, Arbeits- und Spielweisen der Gruppen auf und gab innovative Lösungsvorschläge.



Jedes Jahr wird der Wettbewerb unter allen Theater spielenden Ju-

gendlichen vom Schultheater bis zu Theaterjugendclubs ausgerufen. Ende Januar ist Termin für die Abgabe des Bewerbungsvideos. Dann

reist die Jury durchs Land und sucht nach bemerkenswerten Inszenierungen. Die Meßlatte liegt hoch.

Mit dem Tag des Eintreffens der Gruppen in der WABE ist der Ausscheid zu Ende, und es beginnt eine Woche des Spielens und Feierns: Acht Tage: gutes Theater, gute Laune, wertvolle Gespräche. Eine sinnvolle Förderung mit

Mitteln und im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.

R. W.

Auch Verlage entscheiden global

Zwei Schöneberger Traditionsbetriebe vor dem Aus – große Eile beim Sozialplan



Die Schöneberger Buchbinde-
rei und das Druckhaus in der
Crellestraße – beide Unterneh-
men gehören zur renommierten
Langenscheidt KG – werden zum
Jahresende 2005 geschlossen.
Das entschied der Verlag mit Blick
auf perspektivische globale Un-
ternehmensstrategien erst im
April. Zwei weitere Berliner Tradi-

tionsbetriebe der Branche wer-
den so verschwinden. Betroffen
sind 28 Beschäftigte in der Buch-
binderei und 23 im Druckhaus,
viele von ihnen mit langen Be-
triebszugehörigkeiten.

Das Aus zumindest für die
Buchbinderei hatte sich seit län-
gerem abgezeichnet. Bereits seit
Jahren wurde in den Betrieb nicht
mehr investiert. Die Schließungs-
entscheidung setzte die Betriebs-
räte nun dennoch unter Zeit-
druck. Um zu verhindern, dass
langjährige Beschäftigte mit bis
zu siebenmonatigen Kündigungs-

fristen erst im Februar 2006 ent-
lassen und damit direkt unter das
Arbeitslosengeld II fallen würden,
mussten Sozialplan- und Interes-
senausgleich noch im Mai abge-
schlossen werden. Das gelang
schließlich in zügigen Verhand-
lungen. Die ursprünglich angebo-
tenen Abfindungsregelungen
konnten dabei noch aufgebessert
werden. Da die Bücher bislang
gut gefüllt waren und Aufträge
weitergegeben werden müssen,
sehen Interessenausgleich und
Sozialplan vor, zusammen mit
den Aufträgen möglichst auch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
anderweitig unterzubringen. Die
Buchbinderei hat die Übernahme
von Beschäftigten sogar zur Be-
dingung für die Auftragsvergabe
gemacht. Auf die Übernahme-
konditionen kann allerdings kein
Einfluss genommen werden. Die
Langenscheidt KG habe sich in
den Abwicklungsverhandlungen
„weitgehend korrekt“ verhalten,
schätzt der zuständige ver.di-Se-
kretär Andreas Kühn ein. „An der
Tatsache, dass weitere 50 Ar-
beitsplätze verloren gehen, änd-
ert das natürlich nichts.“ **neh**

PRESEFUSION

Wird der Tagesspiegel
ein Bayer?

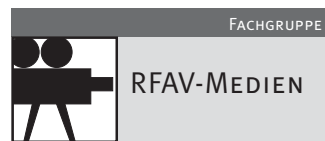
*Insider vermuten, dass in den
kommenden Wochen das The-
ma Pressefusionsgesetz still und
leise beerdigt wird. Im Bundes-
rat war das Gesetz an den uni-
onsgeführten Ländern geschei-
tert, durch die angekündigten
Neuwahlen wird ein Kompro-
miss unwahrscheinlicher.*

*Geplant war, dass bei einem Zu-
sammenschluss künftig das Kar-
tellamt erst prüft, falls die betei-
ligten Unternehmen einzeln oder
zusammen weltweit einen Um-
satz von mindestens 50 Millionen
Euro jährlich erwirtschaften. Bis-
her liegt diese so genannte Auf-
greifschwelle bei 25 Millionen
Euro. Ausgelöst wurde die Dis-
kussion vom Holtzbrinck Verlag
(Tagesspiegel, Zitty), der den
Berliner Verlag (Berliner Zeitung,
Berliner Kurier, Abendblatt, Tip)
gekauft hatte. Das Kartellamt
hatte die Übernahme der Berli-
ner Zeitung untersagt.*

*Allen Dementis zum Trotz hat
Holtzbrinck den Tagesspiegel of-
fenbar dem Süddeutschen Ver-
lag angeboten. Laut Focus ha-
ben Wirtschaftsprüfer aus Mün-
chen bereits die Bücher gesich-
tet und den nicht genannten
Kaufpreis als zu hoch einge-
schätzt. Vermutlich beginnt jetzt
hinter den Kulissen ein zähes
Ringen.* **sil**

Der „kleine Elefant“ bereiste einen vergessenen Kontinent

Peter Spacek erinnert an seine Korrespondententätigkeit



Nur wenige Tage ist es her,
dass die Berliner Samariterkirche
Stätte eines für Gotteshäuser sel-
tenen Ereignisses war: einer Au-
torenlesung, moderiert von dem
RBB-Journalisten Karl-Heinz Wig-
ger. Gelesen wurde Biografis-
ches. Der Name des Autors Peter
Spacek weckt Erinnerungen an
lebendige Reportagen und Korre-
spondentenberichte im einstigen
DDR-Rundfunk. „War ich wirklich
in Mocambique?“, so der Buchtitel
mit der Unterzeile: Als DDR-
Korrespondent auf vier Kontinen-
ten.

Klein, von fast zierlicher Ge-
stalt, ist er als Korrespondent
durch die Welt gerast, um den
Hörern aus dem Irak und vor
allem immer wieder aus Afrika zu
berichten. Als erster Journalist
überhaupt begleitete er 1970 die
Befreiungskämpfer der FRELIMO
in Mocambique auf ihren Mär-
schen durch den Dschungel. Zur
Flussüberquerung mußten Ein-
bäume dienen. Dann wieder wa-
ren strapaziöse Tagesmärsche zu

bewältigen (der längste führte
über 80 Kilometer), teils durch
mannshohes Elefantengras, und
dies alles unter der ständigen Be-
drohung, in Kämpfe mit Patrouil-
len der portugiesischen Besatzer
verwickelt zu werden. „Der klei-
ne Elefant“ wird Peter Spacek
deshalb schließlich im Kollegen-
kreis genannt. Aufschlussreich
vor allem, wenn er seine Begeg-

nungen mit Freiheitskämpfern
schildert, die heute hohe politi-
sche Ämter begleiten. Darunter
auch sein einstiger FRELIMO-
Truppführer, der letzte Staatsprä-
sident Mocambiques, Joaquim
Chissano. Wo immer sich die
Schauplätze der Reportertätigkeit
befanden, immer erfährt der Le-
ser ungeschminkte Eindrücke
und Tatsachen aus dem Befrei-
ungskampf des afrikanischen
Kontinents gegen die Kolonial-
mächte von einst.

Peter Spacek wollte eigentlich
nur seinen Kindern und Enkeln
über sein ereignisreiches Leben
berichten. Kinder und Enkel brau-
chen Menschen, deren Wirken
sie ihnen zu Vorbildern werden
läßt. Jetzt dürfte das Buch einen
breiteren Leserkreis erreichen.
Das ist auch deshalb zu wün-
schen, weil, wie Spacek mit Recht
am Ende feststellt, Afrika für die
Bundesrepublik ein vergessener
Kontinent ist, dem von der Politik
kaum Bedeutung beigemessen
wird. **Bernhard Kellner**

*Peter Spacek: War ich wirklich in Mo-
cambique? Als DDR-Korrespondent auf
vier Kontinenten. Edition weisse sei-
ten, Berlin 2005, 178 S., 11,80 Euro,
ISBN 3-00-016422-7. Bestellungen di-
rekt vom Verlag unter [www.edition-
weisse-seiten.de](http://www.edition-
weisse-seiten.de)*



BERATUNGEN

ver.di-Sprechzeiten in Frankfurt und Cottbus

Mitglieder mit akuten Problemen werden zu den Dienstzeiten jederzeit beraten. Offizielle Sprechzeit in **Frankfurt/Oder** ist dienstags von 13 bis 18 Uhr in der Geschäftsstelle Zehmeplatz 14, 15230 Frankfurt/Oder. Beratung zu Arbeits- und Sozialrecht für Mitglieder aus dem FB 8 jeden letzten Donnerstag im Monat von 10 bis 16 Uhr.

In **Cottbus** gelten folgende Öffnungszeiten in der Kalauer Str. 70, 03048 Cottbus: Montags und donnerstags von 9 bis 16 Uhr, dienstags von 9 bis 18 Uhr, mittwochs und freitags von 9 bis 12 Uhr. Anmeldung vorab vermindert Wartezeiten:

Tel. 03 35/ 60 67 70 (Frankfurt) und 03 55/ 47 85 80 (Cottbus).

LANDESBEZIRK

Aktuelle Ausstellung in der Medien Galerie, Gewerkschaftshaus Dudenstr. 10, 10965 Berlin (U 6 Platz der Luftbrücke): Thema: „Straße der zerstörten Träume – Arbeitslos, wertlos, würdelos? – Nein!“ veranstaltet von ver.di Berlin, dem Erwerbslosenreferat der ver.di-Bundesverwaltung und dem „Club der Arbeitssuchenden“ Weidhausen, läuft vom 15. Juni bis 27. Juli 2005. Begleitveranstaltungen und weitere Infos siehe: www.mediengalerie.org

JOURNALISMUS

Sprechstunden der IOJ: Am zweiten Dienstag jeden Monats von 13 bis 15 Uhr, Raum 4.12 ver.di-Neubau, Köpenicker Str. 30. E-mail: ioj_deutschland@yahoo.de

Journalistenstammtisch: Jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr im „cum laude“, Universitätsstr. 4, Ecke Dorotheenstr. (Mitte).

27. Juni: „Richtig starten in die Selbstständigkeit – Überbrückungsgeld, ALG II, Arbeitslosengeld“, Referent: Bernd Hubatschek, MKK Consult

25. Juli: „mediafon“ Angebot und Leistungen des ver.di-Beratungsservice für Solo-Selbstständige – Honorare, Steuern, Verträge. Referent: Gunter Haake, mediafon.

22. August: Thema steht noch nicht fest. Weitere Informationen: www.dju-berlinbb.de. Aufnahme in die Einladungsliste: Mail an info@dju-berlinbb.de.

VERLAGE UND AGENTUREN

Stammtisch an jedem zweiten Donnerstag im Monat, 17 Uhr im Restaurant „Heidelbeere“, am Heidelberger Platz.

THEATER & BÜHNEN

Sitzungen des Geschäftsführenden Vorstands der Fachgruppe **alle** drei Wochen im ver.di-Haus. Rückmeldungen zur Teilnahme bitte an Georgia Weiland (Tel. 030-88 66-54 12). Nächste Termine: 27. Juni (geschäftsführender Vorstand), 15 Uhr, R.4.12, 18. Juli (erweiterter Vorstand), 15 Uhr R.4.12.

INTERNET

Sprachrohr im Internet: Auf dem Internetportal der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di Berlin-Brandenburg ist neuerdings auch ein Link zum Sprachrohr gesetzt. Wer seine Mitgliederzeitschrift online lesen oder im Archiv grasen möchte, gehe zu: www.dju-berlin.de oder www.dju-brandenburg.de

LITERATUR

VS-Stammtisch: Jeden ersten Donnerstag im Monat im „Terzo Mondo“, Grolmanstr. 28, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt oder vom S-Bahnhof Savignyplatz.

Fussballlesung des VS – Eine Lesung der besonderen Art: Knallrot Wilmersdorf gegen Beinhart Klink. 1. Spiel am 25. Juni in Klink an der Müritz, 2. Spiel am 20. August im Volkspark Wilmersdorf. In Klink ist 13.00 Uhr Anpfiff, Lesung nach dem Spiel zur Einweihung des neuen Sportgebäudes. Es lesen Horst Bosetzky und ein Kollege aus Mecklenburg-Vorpommern. Zugverkehr Berlin-Waren stündlich. In Wilmersdorf ist 14.00 Anstoss (siehe Kasten Seite 13)

Mitgliederversammlung VS Berlin und VS Brandenburg gemeinsam am 22. September 2005, ab 14.00 Uhr, in der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam. Anschließend Lesung „Andersen anders“.

Nähere Informationen im nächsten Sprachrohr.

RFAVMEDIEN

Actorstable für Darstellerinnen und Darsteller der Film- und Fernsehbranche an jedem ersten Montag im Monat ab 18 Uhr im Café Rix, Karl-Marx-Str. 141 (direkt U-Bahnhof Karl-Marx-Str.) Gedankenaustausch und thematische Schwerpunkte, Rückfragen: Tel. 030/8 34 16 01, Evelin Gundlach und Guenter Messe, Tel. 030/56 82 48 40

AKTIVE ERWERBSLOSE

Die Erwerbslosen von ver.di Berlin treffen sich jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat um 17.30 Uhr in der Köpenicker Str. 30. Kontakt: Ulla Pingel, Tel.: 030/621 24 50, e-mail: ulla.pingel@gmx.de. Volker Prasuhn, Tel.: 030/859 27 52 e-mail: v.prasuhn@gmx.de. Bernd Wagner, Tel.: 01 60/770 59 05 e-mail: bewa2@gmx.de

Fernsehen im Offenen Kanal Berlin für aktive Erwerbslose: Berliner Arbeitsmarktmagazin montags ab 19.00 Uhr, Kabelkanal 8, Ausstrahlung im Rundfunk sonntags 20.30 Uhr, donnerstags 22.00 bis 23.00 Uhr im Offenen Kanal Berlin. Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht, Kontakt: H. Noack Tel. 01772 44 56 59

MUSIK

Wir arbeiten nicht im Verborgenen! Alle Mitglieder sind herzlich zu den Sitzungen des Landes- und Bezirksfachgruppenvorstandes eingeladen! Die Vorstände tagen von 9.00 bis 12.30 Uhr, Köpenicker Str. 30. Nächste Sitzung am 9. September. Tel. 030/88 66-54 02.

PAPIERVERARBEITUNG

Fachgruppenversammlung an jedem zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im Gewerkschaftshaus Köpenicker Str. 30.

CONNEXX.AV

Second-Tuesday-Stammtisch für freie und selbstständige Medienschaffende aus Privatrundfunk, Film, AV-Produktion und Neuen Medien. Nächste Termine: Am 12. Juli geht es um „Urheberrecht aktuell mit Korb II“, Gast ist Veronika Mirschel vom ver.di-Re-

ferat Freie, am 9. August heißt das Thema „Selbstcoaching und Motivation“, eingeladen ist Stefan Simon, cope-net. Weiteres: www.connexx-av.de.

SENIOREN

ADN-Senioren: Am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

„Alte-Barden-Runde“: Jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat um 15 Uhr im Restaurant „Alter Krug“. Dahlem, Königin-Luise-Str. 52, 14195 Berlin.

Seniorengruppe Funkhaus: Gartenfest am 21. Juni, ab 14 Uhr im Springborn-Klubhaus.

Achtung: Ab Juli und bis 24. August ist das Büro in der Nalepastraße mittwochs nicht besetzt.

Bitte vormerken: Die nächste Versammlung findet am 14. September statt. Die nächste Exkursion geht am 21. September nach Caputh zum Einstein-Haus (Näheres siehe nächste Ausgabe).

Sprachrohr 4/05

erscheint am 29.8.05

Redaktionsschluss am 25.7.05

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion:

Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin. Tel: 030/88 66-6.

Redaktionelle Betreuung:

Helma Nehrlich, transit berlin. pro media, Torstraße 177,

10115 Berlin, Tel.: 030/613096-64, Fax: 030/613096-66.

nehrlich@pressebuero-transit.de

Gestaltung, Produktion:

bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/613936-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Am Friedrichshain 22, 10407 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53,

Fax: 030/5 66 57 54

Druck: Henke-Druck,

Plauener Straße 160,

13053 Berlin

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5 Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an: ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 5,00 €. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin.

3105 SPRACHROHR

ALLES WAS RECHT IST

Spannende Spätfolge einer Pleite

ddp-Insolvenz mit juristischem Nachspiel – ehemalige Redakteurin klagt auf Abfindung

Mit einem ungewöhnlichen Fall wird sich in Kürze das Arbeitsgericht Berlin beschäftigen müssen. Eine ehemalige Redakteurin der

Insolvenz zählt nicht als Ausrede

Nachrichtenagentur ddp klagt gegen die ProSiebenSat.1 Media AG auf Zahlung einer Abfindung plus Zinsen aus dem ProSieben-Sozialplan. Hintergrund ist eine fast fünf Jahre alte Betriebsvereinbarung zwischen ProSiebenSat.1 und den damaligen Tochtergesellschaften.

Die ProSiebenSat.1 Media AG dürfte die Klage überrascht haben. ddp gehört bereits seit September 2003 nicht mehr zu dem Medienkonzern, damals übernahm das ddp-Management alle Anteile. Zwischenzeitlich musste die Nachrichtenagentur Insolvenz anmelden, das Insolvenzverfahren wurde am 1. November 2004 vom Amtsgericht Charlottenburg eröffnet. Am selben Tag schlossen der ddp-Betriebsrat und der Insolvenzverwalter eine Betriebsvereinbarung über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan. § 2 dieser Betriebsvereinbarung regelt unter Satz 2 ausdrücklich, dass die zwischen dem Betriebsrat und der ProSiebenSat.1 Media AG geschlossene Betriebsvereinbarung davon unberührt bleibt.

Der Anwalt der Redakteurin argumentiert, dass diese Betriebsvereinbarung vom 7. Dezember 2000 auch heute noch gültig ist. Abgeschlossen wurde sie vom

Vorstand der ProSiebenSat.1 Media AG und den Betriebsräten der beteiligten Gesellschaften des Unternehmens, darunter die ddp. Sie hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2005. Nach Ansicht des Rechtsanwalts kann sich die ProSiebenSat.1 Media AG nicht darauf rausreden, dass ddp nicht mehr zu ihrem Konzern gehört. Entscheidend sei ausschließlich die Laufzeit der Betriebsvereinbarung bis 31. Dezember 2005. In der Betriebsvereinbarung stünde nicht, dass die damaligen Tochtergesellschaften weiterhin zum Konzern gehören müssen, damit der Sozialplan greift. Der Sozial-

Wortlaut der Betriebsvereinbarung eindeutig

plan sei auch keine Konzernbetriebsvereinbarung. Dies sei zwar geplant gewesen, aber nie umgesetzt worden.

Im November 2004 hat die Redakteurin schriftlich beim Vorstandsvorsitzenden der ProSiebenSat.1 Media AG ihren Anspruch auf Zahlung einer Abfindung geltend gemacht. Der Konzern hat darauf nicht einmal geantwortet.

Dabei ist der Wortlaut der Betriebsvereinbarung eindeutig. Demnach erhalten Arbeitnehmer Abfindungsleistungen nach Ziffer 6.1 aus dem ProSieben-Sozialplan, sofern sie unter den in den §§1 und 2 genannten sachlichen und zeitlichen Geltungsbereich fallen. Zusätzlich müssen sie ihr Arbeitsverhältnis durch Abschluss eines arbeitgeberseitig veranlassenen Aufhebungsvertrages zur Vermeidung einer betriebsbedingten (Änderungs-) Kündigung verloren haben. Dies ist bei der Redakteurin der Fall. Sie hat mit dem Insolvenzverwalter und einer Transfergesellschaft gemäß § 216 b SGB III einen dreiseitigen Vertrag geschlossen.

Dadurch wird ihr Arbeitsverhältnis mit der ddp „zur Vermeidung einer Kündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Insolvenzverwalter“ aufgehoben und ein Arbeitsverhältnis mit der Transfergesellschaft geschlossen.

Klageflut gegen Medienkonzern möglich

Für ProSiebenSat.1 könnte die Klage sehr teuer werden. Nach Meinung des Rechtsanwaltes haben 148 ehemalige Beschäftigte der ddp Anspruch auf Zahlung aus diesem Sozialplan in Höhe von insgesamt 7,621 Millionen Euro.

Mit der Unterstützung von ver.di und dem DJV führen einige Redakteure Musterklagen gegen ProSiebenSat.1. Wenn sie gewinnen, könnte dies zu einer wahren Klageflut gegen den Medienkonzern führen. **sil**

ANZEIGE

bleifrei Medien + Kommunikation • Prinzessinnenstr. 30 • 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0 • info@bleifrei-berlin.de • www.bleifrei-berlin.de



KULTUR Wir sind **versiert** in der Umsetzung komplexer gestalterischer, farb- und bildbetonter Anforderungen, wie sie Kunst- und Kulturinstitute stellen.



GEWERKSCHAFT Wir sind **engagiert** in der journalistischen Gestaltung von Gewerkschaftspublikationen.

SOZIALES Wir sind **kompetent und ideenreich** im Konzipieren zielgruppengerechter Printmedien.

